

politischen Szenarie, bringen abermals eine Wendung: den scharfen Bruch General Kasems mit den Kommunisten.

Es ist erst ein Jahr her, daß in Irak die Monarchie und ihr prowestlicher Großvezier, Nuri es Said, in einer blutigen Revolution gestürzt wurden. Alsbald sah sich der Revolutionsführer, General Kassem, der eine Offiziersdiktatur aufrichtete, zwischen zwei Feuern: zwischen dem großarabischen Nationalismus Nassers, der das reiche Ölland verschlingen wollte, und den Kommunisten, bei denen Kassem zunächst Rückendeckung gegen die Nasser-Nationalisten fand — eine Deckung, die sich aber alsbald in die Drohung eigener Herrschaftsansprüche verwandelte.

Vor einigen Monaten kam es im Erdölgebiet von Mossul, rund um die Stadt Kirkuk, zu einer Armeerevolte der Nasser-Freunde: ihre Niederwerfung bedeutete verstärkten Einfluß der Kommunisten. Sie beherrschten die Straße auch in der Hauptstadt Bagdad, sie beherrschten die halb-militärische Volksmiliz und das Revolutionsgericht und übten eine wahre Schreckensherrschaft aus. Sie verlangten acht Ministerposten; als Kassem ihnen bei einer Regierungsbildung nur vier anbot, lehnten sie ab.

Kassem versuchte nun, ihren Einfluß zurückzudämmen. Er unterstellte die Volksmiliz der Armee und verbot später den politischen Parteien jede Tätigkeit. Aus der Armee wurden kommunistische Kommandanten entfernt. Die Kommunisten antworteten mit einem neuen, diesmal kommunistischen Aufstand in Kirkuk, im Erdölgebiet, bei dem es, wie wir jetzt aus Kassems Mund wissen, zu argen Schreckensstaten und sehr zahlreichen Menschenopfern kam. Kassem schlug zurück und hatte dabei die Nationalisten und das ganze Land auf seiner Seite. Die Volksmiliz wurde praktisch verboten, das Revolutionstribunal, das Terrorgericht, abgeschafft, die kommunistischen Führer außer Landes geschickt. Und nun kommt eine Selbstkritik und Reueerklärung der kommunistischen Partei des Irak, die zugeibt, daß sie den Bogen überspannt, ihre Machtansprüche und ihre Schreckensherrschaft übertrieben und sich dadurch das Volk entfremdet hat — eine typische kommunistische Selbstanklage alten Stils nach einer versuchten, mißlungenen revolutionären Mächtigkeitsübung alten Stils. Wie weit diese „Fehler“ auf Befehl Moskaus begangen wurden, wieweit also das Eingeständnis der Sündenböcke, die jetzt die Schuld auf sich nehmen müssen, echt und ehrlich ist, das wird man wohl erst in einiger Zeit erfahren. Das Ereignis ist jedenfalls symptomatisch und bedeutet eine — vorübergehende, aber doch empfindliche — Niederlage der russischen Politik in Vorderasien.

Bedeutet es auch eine Rettung Iraks und seines Regimes? Ein arabischer Journalist, der in Wien Gelegenheit hatte, mit irakischen Teilnehmern an den Weltjugendfestspielen zu sprechen — sie hatten ihr Land vor den allerletzten Ereignissen verlassen — erzählt uns, was sie flüsternd berichtet haben: „In Irak herrscht Anarchie. Die Einwohner Bagdads wagen sich nach Einbruch der Dämmerung nicht auf die Straße; die großen Grundbesitzer wurden massakriert oder sind geflüchtet und halten sich versteckt. Niemand, der Geld hat, wagt es in industriellen Unternehmungen anzulegen; das Land steckt in einer schweren Wirtschaftskrise.“ Wenn diese Krise andauert, bedeutet das Hunger im Lande. Die Erdölinteressen des Westens und die russischen Kapitalinteressen in neuen Industrieunternehmungen werden sich um die Herrschaft über ein verhungertes, ruiniertes Volk streiten. Und wer dann siegt, das wird — Nasser sein.

Kritische Lage in der tschechischen Landwirtschaft

Prag. Der tschechoslowakische Landwirtschaftsminister Stroogal richtete an die Bevölkerung einen Appell zur freiwilligen Erntehilfe an den Wochenenden, um eine Katastrophe abzuwenden. Die Gemeindevorsteher werden für die nächsten Wochen von ihrem Dienst beurlaubt, um in der Landhilfe mitzuwirken. Der Appell wurde damit begründet, daß die jüngsten Regenfälle die Bauern von der Feldarbeit abgehalten haben.

Zehn Jahre Zuchthaus für Briefe

Berlin. Weil er sich in Briefen an Staatsmänner, unter ihnen Chruschtschow und Adenauer, für eine Beseitigung des ostdeutschen kommunistischen Regimes eingesetzt haben, wurde der Textilkauflmann Otto Brömme aus Halle zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Strafe entspricht dem Antrag des Staatsanwalts. Wie das in Halle erscheinende kommunistische Blatt „Freiheit“ berichtet, hat Brömme Briefe und Postkarten an Ulbricht, Groschev, Breck, Nasser, Chruschtschow, Nehru, Adenauer und Willy Brandt gesandt. In diesen Schreiben soll er die Liquidierung des Arbeiter- und Bauernstaates, so nennt sich das ostdeutsche Regime, durch eine Konterrevolution gefordert haben. Das Bezirksgericht Halle sah darin fortgesetzte staatsgefährdende Propaganda und Hetze.

Bei Oesterreichs Jugend ist die Freiheit in guten Händen

Ihre Antwort an die Kommunisten war ein großer Erfolg

Wenn man für den kommunistischen Propagandazirkus, der Dienstag in Wien zu Ende gegangen ist, den wesentlichsten Charakterzug sucht, findet man ihn natürlich nicht in dem Slogan „Friede und Freundschaft“ — den jeder gutheißen mußte —, man findet ihn in der Heuchelei. Die Kommunisten hatten gedacht, sie könnten in einem freien Land einen Propagandafeldzug machen, ohne auf Widerstand zu stoßen, und den jungen Menschen aus dem Osten ein Zerrbild der freien Länder vorzulegen, denen aus dem Westen aber gleichzeitig vom Paradies im Osten erzählt. Sie hatten nicht mit der österreichischen Jugend gerechnet, die es sich zur Aufgabe machte, in persönlichem Kontakt mit den jungen Gästen aus der ganzen Welt die Dinge so zu zeigen, wie sie wirklich sind.

Obwohl die Kommunisten alles unternahmen, um die Festivalteilnehmer nicht mit der österreichischen Bevölkerung und be-

Wünsche bekanntzugeben, und dann führen zwei Funktionäre mit einem Wagen, die Waren zu kaufen. Auf dem Schiff kam dann jeder Ungar in den Besitz „seines“ Einkaufes.

„Recht herzlichen Dank“

Sogar die Russen stunden unter Bewachung. Einige sozialistische Jugendliche hatten bei einem Autobus mit jungen Russen ein Gespräch angeknüpft und ihnen Broschüren der Sozialistischen Jugend gegeben. Sie unterhielten sich schon recht angereg, plötzlich entschuldigte sich ein Russe und erklärte, er möchte das Gespräch abbrechen. Im selben Augenblick stand bei ihnen eine etwa fünf- und zwanzigjährige Russin und schrie mit der Gruppe herum. Sie kommandierte ihre Leute in den Autobus und ging dann von Sitz zu Sitz, um ihnen die sozialistischen Broschüren abzunehmen.

Einer tschechischen Delegation hatten sozialistische Jugendliche Informationsmaterial

Die Wahrheit

Obwohl die Diskussionen oft sehr scharf geführt wurden, kam es fast nie zu Zwischenfällen. Dort, wo eine Diskussion unangenehm ausartete, waren fast immer österreichische Kommunisten beteiligt. Mit welcher dummdreister Freiheit sie arbeiteten, zeigte sich bei einer Fahrt an den Eisernen Vorhang. Im Autobus, der von der Gewerkschaftsjugend mit asiatischen und afrikanischen Festivalteilnehmern an die Grenze geführt wurde, befanden sich auch einige Mitglieder der FÖJ, der österreichischen Jugendorganisation der Kommunisten. Als sie nun an der Grenze standen, versuchten diese Leute allen Ernstes, den jungen Afrikanern und Asiaten einzureden, der Eisernen Vorhang sei vom „kapitalistischen Österreich“ errichtet worden. Sie hatten nicht viel Erfolg; die Wahrheit war allen überzeugend sichtbar.

Die Antwort an die Kommunisten

Viele Festivalteilnehmer sind wohl in Wien zum erstenmal mit dem Kommunismus in seiner wahren Form in Berührung gekommen. Sie hatten in ihrer Heimat, die oft weit weg vom Eisernen Vorhang liegt, nur die kommunistische Propaganda und nicht die Wirklichkeit kennengelernt. Das war einer der Gründe, warum manche Gruppen in Wien erschienen, an dem Festival nicht mehr teilnehmen zu wollen. Gleich in den ersten Tagen verlangten zweiundzwanzig Italiener ihren Lagerbeitrag zurück, weil sie sich nicht unter Kuratel stellen ließen, wie sie erklärten. Sie bekamen das Geld erst, als sie drohten, sich an die österreichischen Stellen zu wenden.

Ein großer Teil der Jugendlichen aus den Vereinigten Staaten sagte, er könne sich mit den kommunistischen Zielen des Festivals nicht einverstanden erklären und nahm an der Veranstaltung nicht mehr teil. Die arabische Delegation lehnte nach einer kurzen Auseinandersetzung mit der Festivalleitung beim Aufmarsch auf der Ringstraße ihre Transparente an einen Baum und hat demonstrativ den Heimweg an. Das sind nur ganz wenige der Episoden, die man vom Festival erzählen könnte. Sie zeigen, daß die österreichische Jugend den richtigen Weg gewählt hat und damit Erfolg hatte: Sie hat die Jugendlichen, die — oft mit dem Wesen des Kommunismus nicht vertraut — aus aller Welt kamen, freundlich aufgenommen und ihnen gezeigt, was Freiheit ist und welchen Wert sie hat.

Die Polizei sorgte für Ruhe

Polizeipräsident Holubek, erst kürzlich Mittwoch Innenminister Africhs und Vizebürgermeister Slavik Bericht über den Verlauf der Weltjugendfestspiele. Danach sind alle Veranstaltungen ohne besondere Zwischenfälle verlaufen. Auch bei den zahlreichen Diskussionen mit den Teilnehmern an dem Festival gab es keine größeren Unzukunlichkeiten. Der Innenminister und ebenso der Vizebürgermeister eruchten den Polizeipräsidenten, allen Polizeibeamten für die hervorragende und taktvolle Dienstleistung während der Festspiele Dank und Anerkennung auszusprechen.

Aus den Betrieben

Noch keine Einigung in der Brotindustrie

Der Konflikt in der Brotindustrie konnte noch immer nicht beigelegt werden. Die Gewerkschaft der Lebens- und Genussmittelarbeiter hat die Lage zwar dieser Tage neuzeitlich mit dem Unternehmerverband besprochen, doch ist man keinen Schritt weitergekommen. Die Unternehmer sind der Ansicht, daß die Besprechungen auf höherer Ebene geführt werden müssen. Die Gewerkschaft verlangt die Bezahlung höherer Urlaubs- und Weihnachtzuschüsse und bessere Schutzbestimmungen für die Beschäftigten an den Kühlanlagen. Sowohl die Brotindustrie als auch die Innung der Bäckermeister erklären sich außerstande, diese Forderungen zu erfüllen. Es ist zu befürchten, daß es unter diesen Umständen zu einer neuen Unruhe unter den Bäckereiarbeitern kommen wird.

Ein Anschlag auf das Heimarbeitsgesetz

Die Wiener Textilfirma Fischmann und Co. hat beim Verfassungsgerichtshof gegen die Berufungskommission für Heimarbeiter beim Sozialministerium Beschwerde erhoben. Die Beschwerde richtet sich gegen die Ausdehnung der Schutzbestimmungen des Heimarbeitsgesetzes auf Zwischenmeister, die mehr als zwei familienfremde Hilfsarbeiter beschäftigen. Der Verfassungsgerichtshof wird sein Erkenntnis auf schriftlichem Weg bekanntgeben, doch hat er bereits festgestellt, daß die betreffenden Bestimmungen des Heimarbeitsgesetzes nicht verfassungswidrig sind. Weiter hat er festgestellt, daß eine Reihe von Beschlüssen der Heimarbeitskommissionen über die Heimarbeitertarife für Zwischenmeister gestutzig ist. Zwischenmeister sind Gewerbetreibende, die aber für Auftraggeber, meist größere Textilfirmen, arbeiten, also nicht selbst das Unternehmerrisiko tragen. Sie können Heimarbeiter beschäftigen und sind wie diese durch das Heimarbeitsgesetz geschützt.

Leset „Die Zukunft“



Diskussionen vor der Ausstellung der österreichischen Jugend im Wiener Künstlerhaus — gegenüber dem von den kommunistischen Festspielen belegten Musikvereinsgebäude

sonders mit der Jugend in Kontakt kommen zu lassen, ist ihnen gerade das wohl möglich. Die Überwachung und Bevormundung der jugendlichen Gäste entgilt ihnen, und schließlich mußten sie sich darauf beschränken, nur noch die Delegationen aus den Satellitenländern zu beaufsichtigen. Das taten sie dann auch mit allem Nachdruck.

Das Festival im Autobus

Das Schiff beispielsweise auf dem die rumänische Delegation untergebracht war, hätte der Schauplatz eines Kapitels von Orwell's „1984“ sein können. Das Gebiet rund um den Landungssteg war abgesperrt, österreichische Kommunisten hielten dort Wache, und jeder Fremde, der sich näherte, wurde aufgefordert, wieder wegzugehen. Wenn er der Aufforderung nicht gleich nachkam, wurde er beschimpft und bedroht. Aber selbst die österreichischen Kommunisten, die vor dem Landungssteg Wache schoben, durften das Schiff nicht betreten.

Den österreichischen Jugendlichen war es fast nie möglich mit einem Rumänen zu sprechen. Wenn die Delegation an einer Versammlung teilnahm, fuhr ein Autobus bis vor den Landungssteg, die jungen Rumänen mußten sofort vom Schiff hinein, wurden an den Veranstaltungsort gebracht, und wenn die Vorstellung vorüber war, wurden sie gleich wieder in den Autobus verfrachtet.

Ähnlich war die Situation bei den Ungarn. Die Delegierten und Festivalteilnehmer wurden von einer Voranstellung zur anderen gehetzt; am Tag mußten sie oft fünf, sechs verschiedene Vorstellungen besuchen. Ob sie daran Interesse hatten oder nicht, war gleichgültig, sie mußten mitmachen. Um aber ja jede Selbständigkeit zu unterbinden, wurde den jungen Ungarn fast kein österreichisches Geld in die Hand gegeben. Sie durften 100 Schilling einwechseln und um dieses Geld konnten sie einkaufen. Über die Art des Einkaufes durften sie allerdings enttäuscht gewesen sein; das Geld wurde eingesammelt, jeder konnte

überreicht. Die Broschüren wurden fast immer mit Interesse entgegengenommen, so auch diesmal. Es dauerte aber keine Stunde, bis bei einer der Informationsstellen, die der Oesterreichische Bundesjugendring eingerichtet hatte, zwei KP-Funktionäre erschienen und sämtliche Broschüren zerrissen und zerfetzt bei der Tür hineinwarfen. Sie hatten die Lektüre der jungen Tschechen zensuriert. Dabei war ihnen aber ein Kunstfehler unterlaufen: Unter den zerrissenen Seiten befand sich eine Zigarettenschachtel, auf der mit Blockbuchstaben „Recht herzlichen Dank!“ geschrieben war.

Die Sozialisten haben die besseren Argumente

In der Diskussion mit den jungen Menschen, die am Festival teilnahmen, hatten die jungen Sozialisten und Gewerkschafter den meisten Erfolg. Immer, wenn sie gefragt wurden, warum sie nicht an dem Festival teilnehmen, obwohl es doch angeblich eine Veranstaltung war, die dem Frieden und der Freundschaft diene, konnten sie auf den Offenen Brief hinweisen, den sie als Antwort auf eine Einladung der Festivaldelegation dieser übersandten.

In diesem Brief verlangten die jungen Sozialisten, daß sich das Festival für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und den wirtschaftlichen und politischen Kolonialismus ausspreche, daß es für die Freiheit der Völker unter jeder, faschistischer oder kommunistischer Diktatur eintrete, und erklärten sich für die freie politische Beteiligung für jeden Menschen und für alle demokratischen Parteien. Als das Veranstaltungskomitee diese Forderung ablehnte, weil es als kommunistisches Werkzeug nicht anders konnte, erklärte er seinen wahren Charakter. Dieses Argument der Sozialisten, warum sie die Teilnahme ablehnten, war so stark, daß auch Mitglieder der bürgerlichen Jugendorganisationen bei ihren Diskussionen immer wieder diesen Brief der Sozialistischen Jugend anführten.